

# **Die Geschichte der Region bis 1945**

Von Dr. Herbert Ruland

## **Das staatliche ‚Hin und Her‘ bis 1920**

Die Entwicklung des Gebietes, in dem heute die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens liegt, war bis 1795 alles andere als einheitlich.

Das Eupener Land war Teil des Herzogtums bzw. der Provinz Limburg der habsburgischen Niederlande. Der Ort Lontzen, hart bei Eupen gelegen, gehörte dem Aachener Marienstift und bildete eine Exklave als reichsunmittelbare Herrschaft.

Der spätere preußische Kreis Malmedy gehörte vormals zu Teilen zum Herzogtum Luxemburg, ebenfalls Bestandteil der südlichen Niederlande, zur Fürstabtei Stavelot-Malmedy, einer reichsunmittelbaren Herrschaft, und zu Kur-Trier.

Das St. Vithener Land war seit dem hohen Mittelalter ein Bestandteil Luxemburgs.

Erst unter französischer Herrschaft bildeten die drei Bezirke eine verwaltungsmäßige Einheit im Departement der Ourthe.

Der Wiener Kongress brachte dieses Gebiet an Preußen. Wie wenig dabei auf Sprach- oder Volkstumsgrenzen Rücksicht genommen wurde, belegt schon die Tatsache, dass auch die fast ausschließlich wallonischsprachige Stadt Malmedy und umliegende Dörfer zu Preußen kamen. Diese so genannte ehemalige ‚Preußische Wallonie‘, mit ihren fast 200 qkm und heute ungefähr 18.000 Einwohnern, bildet zwar einen Bestandteil der Ostkantone, gehört aber nicht zur Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Einen sonderbaren Verlauf nahm die Entwicklung in der südlich des heutigen Dreiländerpunkts gelegenen Ortschaft Kelmis. Hier wurde seit undenklichen Zeiten Galmei abgebaut, eine Erz Mischung aus Zinkkarbonat und Zinksilikat, die für die Kupfer- und Messingherstellung unerlässlich ist. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren die Vorkommen so bedeutsam, dass sowohl die Vereinigten Niederlande, als auch Preußen den Ort für sich beanspruchten. Da es zu keiner Einigung kam, beschlossen die beteiligten Mächte 1816 in Aachen, dem Ort ein neutrales Statut zu geben, das beiden Staaten die gleichen Rechte zusprach.

Der plattdeutschsprachige Kleinstaat Neutral-Moresnet mit einem Flächeninhalt von (343ha) war geboren und die dort lebenden Einwohner bekamen eine eigene Staatsbürgerschaft zuerkannt. Durch zahlreichen Zuzug aus den Nachbarländern betrug aber 1901 der Anteil der ‚Neutralen‘ an der Gesamtbevölkerung von knapp 3.500 Seelen nur noch gut ein Achtel.

Neben der Tätigkeit in der Galmeiförderung- und Verarbeitung, die bis zum Ersten Weltkrieg stetig zurückging, lebten viele der Bewohner - oft und gerade auch die Grenzgänger in die Aachener Fabriken und Kohlengruben - vom Schmuggel in die Nachbarländer. Die Mengen an Schnaps und Bier, die hier fabriziert wurden und zum größten Teil in den illegalen Warentransfer gelangten, übertrafen den Eigenbedarf in dem kleinen Ländchen sicherlich um das Fünffache!

## **Der politische und soziale Katholizismus prägt das Bild**

Das öffentliche Leben in den beiden neubelgischen Kreisen Eupen und Malmedy wurde bis zum 1. Weltkrieg nahezu monopolistisch von den Institutionen des politischen und sozialen Katholizismus bestimmt. Die Industriearbeiter waren fast ausschließlich in katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften organisiert. Mit überwältigender Mehrheit (über 90%) wurden in den Wahlkreisen Eupen-Aachen-Land-Burtscheid und Schleiden-Malmedy-Monjoie die Kandidaten der Zentrumsparterie in den Reichstag gewählt.

In den Kommunen, begünstigt durch das preußische Dreiklassenwahlrecht, hatten die Liberalen starken Einfluss.

Von sozialistischen Bestrebungen war in der Stadt Eupen, abgesehen von einer kurzen Periode in der Endphase des Sozialistengesetzes um 1889/90, wenig zu merken. Lediglich unter der Malmedyer Arbeiterschaft hat es damals schon einige Ansätze zum organisierten Sozialismus gegeben.

Auch der Eupener Arbeiter- und Soldatenrat, der sich nach dem Abzug der Deutschen Truppen Ende 1918 in ‚Vollzugsrat des Kreises Eupen‘ umbenannte, war fast ausschließlich von christlichen Gewerkschaftern besetzt.

## **Die wirtschaftlichen Bedingungen**

Mit dem Ende der französischen Herrschaft und der Unterstellung des Gebietes um die Städte Eupen, Malmedy, St. Vith unter preußische Regierungsgewalt, setzte gerade in Eupen ein nur von kurzen Aufschwungsphasen unterbrochener, wirtschaftlicher Niedergang ein, der bis in die dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts anhalten sollte.

1815 waren in der vom Textilgewerbe geprägten Stadt Eupen mit ihren 9.600 Einwohnern – Köln als größte Stadt der Rheinprovinz hatte damals ca. 58.000, Aachen ca. 37.000 Einwohner - 7000 (!) Frauen, Kinder und Männer hauptberufsmäßig in der Wollverarbeitung beschäftigt und das, mit Ausnahme von ungefähr 1.500 Webern, fast sämtlich im konzentrierten Manufakturbetrieb. Eupen war die wohl ‚modernste Insel‘ in der damals industriell hoch entwickelten Rheinprovinz und damit im preußischen Staat!

1820 arbeiteten in den Eupener Textilbetrieben gerade noch 2.400 Menschen, wobei diese noch nicht einmal alle in Eupen selbst lebten.

Die Zerschlagung des einheitlichen französischen Wirtschaftsraums, die Schutz Zollpolitik der neuen französischen Regierung, die relative Schwäche Preußens, das sich hier nicht widersetzen konnte und das durch Binnenzollgrenzen der hiesigen Wirtschaft noch zusätzliche Schwierigkeiten bereitete, die geringe Konsumfähigkeit der verarmten einheimischen Bevölkerung und nicht zuletzt das Wiedererscheinen des industriell überlegenen England auf den Weltmärkten, dies waren die ursächlichen und wesentlichen Bedingungen, die am Beginn der preußischen Zeit der hiesigen Wirtschaft und insbesondere der dort beschäftigten Arbeiterbevölkerung das Leben so schwer machten.

Hinzu kamen aber noch regionale Besonderheiten: die Abtrennung von den gewohnten Märkten durch die neue Grenze, stiefmütterliche Behandlung beim Anschluss an das Straßen- und Eisenbahnnetz und schließlich auch noch die staatlicherseits vorgenommene Aufforstung der Mooregebiete im Hohen Venn, die zu Wassermangel in der Eupener Textilindustrie führte und es ihr deshalb nicht gestattete die wenigen Jahre besserer Konjunktur vollständig für sich auszunutzen. 1873, als die Gründerkrise schon voll durchschlug, hieß es in der Chronik der Stadt Eupen: „Es sind im Ganzen über 1000 Arbeiter von hier verzogen“.

Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung im Deutschen Reich an der Wende zum 20. Jahrhundert hat die hiesige Gegend kaum berührt.

Eupen war damals eine der wenigen Städte in der Rheinprovinz, die einen kontinuierlichen Rückgang der Einwohnerzahlen zu verzeichnen hatte.

Erst kurz vor Ausbruch des Weltkriegs trat durch die Errichtung eines Kammgarnwerks und der Kabel- und Gummiwerke – letztere stellen bis heute den ‚Brotkorb Eupens‘ dar – eine gewisse Beruhigung ein.

In der Stadt Malmedy gab es einige wichtige Papier- und Lederfabriken; die Bevölkerung in den Venn- und Eifeldörfern des Kreises lebte aber fast ausschließlich – mehr schlecht als recht – von der Landwirtschaft.

Die Eifel, und gerade die Westeifel, galt damals nicht zuletzt wegen der abgeschiedenen Lage, dem rauen Klima und der schlechten Böden als ‚Preußisch Sibirien‘. Massenauswanderungen, insbesondere in die Vereinigten Staaten, waren bis in das letzte Quartal des 19. Jahrhunderts an der Tagesordnung.

Erst der Bau der Venn-Bahn, – einer Eisenbahnlinie, die schließlich von Aachen bis Luxemburg führte - brachte eine gewisse Besserung.

## **Preußen-Deutschland oder Belgien?**

Die einfachen Menschen im 19. Jahrhundert hatten auf Grund der ökonomischen Verhältnisse wenig Anlass mit den neuen Gegebenheiten zufrieden zu sein.

1821 kam es in Eupen zum nachweislich ersten Maschinensturm in Preußen. Aufgebrachte Tuchscherer, die - mit Recht – ihre Arbeitsplätze dahingehen sahen, zerstörten eine aus Frankreich angelieferte Schermaschine. Ein allgemeiner Aufruhr folgte.

1830, im Gefolge der revolutionären Ereignisse in Frankreich und den Niederlanden (Belgien), brachen auch in Eupen lang anhaltende Unruhen aus. Kurioserweise aber nicht, wie von der preußischen Verwaltung ängstlich erwartet, in der wallonischen Stadt Malmedy.

1848 waren die Erhebungen in der Rheinprovinz kaum irgendwo spürbarer als in der Stadt Eupen. Allgemein richtete sich damals die Wut der Bevölkerung gegen die preußische Verwaltung, die Gendarmerie und das Militär, teilweise aber auch gegen die Unternehmer.

Die protestantischen Preußen wurden als ‚landfremd‘ und als Besatzer empfunden. Bei den zahlreichen Unruhen tat sich nicht nur der Ruf nach Abschaffung der Maschinen kund, sondern immer wieder – sogar noch 1848 (!) – schrie gerade die ‚niedere Volksklasse‘ ‚Vivat Napoleon!‘, und dies obwohl der Kaiser schon Jahrzehnte tot war!  
Auch der von Bismarck verordnete Kulturkampf, das Vorgehen gegen die ‚Ultramontanen‘ (organisierten Katholiken), trug zur weiteren Empörung der Bevölkerung bei.

Erst in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts setzte eine deutlich feststellbare Meinungsänderung beim größten Teil der Eupen - Malmedyer Bevölkerung ein. Der Kulturkampf war weitestgehend überwunden und die Durchführung der von Bismarck veranlassten Sozialgesetzgebung, insbesondere die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, wurde von der hier so zahlreich vorhandenen Arbeiterbevölkerung wohlwollend angenommen. Auch der Vergleich über die nahe Grenze hinweg tat ein Übriges: das hiesige Beamtentum wurde als korrekt und unbestechlich wahrgenommen, über Schulpflicht und Verbot der Kinderarbeit wurde zwar manchmal gemurrt - und es gab auch Versuche gerade der Landeinwohner sie zu umgehen – aber der Gedanke an die Vervierser Spinnereien, wo damals noch Achtjährige rund um die Uhr in elendsten Verhältnissen arbeiteten, zeigte den hiesigen Arbeitern doch eine gewisse Besserstellung in ihrer Lebenshaltung gegenüber der belgischen Bevölkerung. Auf den katholischen Arbeiterversammlungen fanden sich nunmehr Papst- und Kaiserbüste friedlich nebeneinander: die Bevölkerung war wohl im Deutschen Reich angekommen.

Der völkerrechtswidrige Einmarsch in Belgien 1914 stieß dann bei dem allergrößten Teil der Grenzbevölkerung, zumindest äußerte man sich so in persönlichen Gesprächen, die auch durch die Nachkommenschaft bestätigt werden, auf einhellige Ablehnung. Das Eupener und auch das Malmedyer Land waren zwar 1815 durch eine politische Grenze von ihrem angestammten Hinterland getrennt worden, aber daran hat sich die Bevölkerung damals wenig aufgehalten. Familienbande wurden weiterhin gehegt und gepflegt. Der belgische Kronprinz besaß sogar ein kleines Landschloss in Eupen. Viele Eupener empfanden den Einmarsch in Belgien als einen Einmarsch im eigenen Land, und so kam es auch, dass die hiesigen Regimenter zunächst nicht in Belgien eingesetzt wurden.

### **Die Angliederung Eupen-Malmedys an Belgien und die Volksbefragung von 1920**

Als Folge des verlorenen Weltkriegs musste Deutschland laut Artikel 32, 33 und 34 des Versailler Vertrages nach einer vorhergehenden ‚Volksbefragung‘ zugunsten Belgiens auf die Gebiete von Eupen, Malmedy und Moresnet verzichten. Die eigentlich strategischen und wirtschaftlichen Gründe der Angliederung wurden u.a. mit einer Theorie des bedeutenden belgischen Historikers Henri Pirenne legitimiert, der von einer ‚Civilisation belge‘ ausging, die in der Nachfolge des Burgunderreichs Karls des Kühnen stehe. Eupen-Malmedy-Moresnet als ‚Cantons rédimés‘ kehrten damit nur zu ihrem angestammten Mutterland zurück.

Über die vom Völkerbund in Auftrag gegebene, aber unter belgischer Hoheit durchgeführte ‚Volksbefragung‘ in den beiden Grenzkreisen ist viel geschrieben worden: Die Abstimmung war nicht geheim und sie fand nicht unter neutraler Kontrolle statt. Eine Eintragung in Listen zugunsten Deutschlands konnte nur in den beiden Hauptorten vorgenommen werden, was gerade für die ländliche Bevölkerung mit erheblichen Anreiseschwierigkeiten verbunden war. In ihrer Angst von einer interessierten pro-belgischen Propaganda bestätigt, befürchteten die meisten Betroffenen, bei einer Sympathiebekundung zugunsten des Reichs aus ihrer angestammten Heimat verwiesen zu werden, ihren Besitz zu verlieren und ihr bei steigender Inflationsrate zusehends wertloser werdendes deutsches Geld nicht in belgische Franken umgetauscht zu bekommen. Auch behielt die belgische Regierung Stillschweigen gegenüber der Bevölkerung, dass ein Referendum über die staatliche Zugehörigkeit des Gebiets überhaupt stattfand. Lange ließ man die Bevölkerung auch im Unklaren über das Ergebnis der Befragung. Es waren schließlich nur 271 Personen in den beiden Kreisen (davon 204 in Eupen), die sich in die ausliegenden Listen eintrugen und ‚für Deutschland votierten‘, wie es damals amtlich hieß. Hierbei handelte es sich fast ausschließlich um preußische Beamte – auch Einheimische, meist untere Polizei-, Bahn-, und Postbedienstete – die dann, um ihr Statut nicht zu verlieren, nach Deutschland gingen. Die Nachkommen der Menschen die damals aus diesen Gründen die Heimat verließen, haben oft heute noch gute familiäre Kontakte zur Verwandtschaft in Belgien.

Nach der ‚Volksbefragung‘ fühlten sich die meisten ‚Eupen-Malmedyer‘, wie es jetzt hieß, verraten und verkauft. In großen Volksversammlungen, insbesondere auch der katholischen Verbände, die nach Kriegsende und auch noch zu Beginn des Jahres 1919 stattfanden - und über die die Blätter

teilweise ausführlich berichteten - hatten sich die Anwesenden mit großem Enthusiasmus für die Zugehörigkeit zu Deutschland ausgesprochen. Gewiss für ein neues, wirklich föderales Deutschland, weg von Preußen, hin zur freien Rheinischen Republik im Reich!

Völlig anders war die Stimmung im ehemaligen Gebiet von Neutral – Moresnet. Schon im Jahre 1900 hatte die (sozialdemokratische) Rheinische Zeitung konstatiert, dass sich die Einwohner ‚merkwürdigerweise unter dem gemischten System sehr wohl fühlen und mit Vergnügen zweien Herrn dienen‘. Allgemein galt dort damals: « Neutre: toujours; Belges: peut-être; Prussiens: jamais ». Die Bevölkerung wollte bleiben was sie war. Schließlich ließ es sich gut profitieren von dem bestehenden System, das sehr gute Schmuggelmöglichkeiten, Abgabefreiheit und wenig staatliche Aufsicht garantierte. Und sollte es doch einmal anders kommen – das bezeugen zahlreiche, auch von vielen preußischen Staatsangehörigen im 19. Jahrhundert unterschriebene Petitionen an den belgischen König - dann wollte man "belgisch" werden, der niedrigen Lebenshaltungskosten und der (damals in Belgien noch möglichen) Befreiung vom Wehrdienst wegen!

Auf Grund von § 32 des Versailler Vertrags musste Deutschland auf alle Rechte in Neutral-Moresnet verzichten, am 10. Januar 1920 kam der Ort mit seinen ca. 4000 Menschen völkerrechtlich zu Belgien. Das Ereignis wurde auch von den bis dato mehrheitlich preußischen Einwohnern gebührend mit Dankgottesdiensten, Fackelumzügen und Feuerwerk gefeiert.

Mit Übergang der staatlichen Souveränität an Belgien am 10. Januar 1920 wurde Eupen-Malmedy – nicht aber Kelmis, das sofort ‚Altbelgien‘ angegliedert wurde - für die Folgejahre zunächst unter ein Sonderregime des Generals Baltia mit Sitz in Malmedy gestellt. Der General herrschte mit diktatorischen Freiheiten, nicht dem belgischen Parlament, sondern nur dem König persönlich Rechenschaft schuldig. Sein Regime brachte zahlreiche Einschränkungen für die Bewohner mit sich, so etwa die Pressezensur, politische Versammlungen durften nur nach vormaliger Anmeldung von 8 Tagen unter polizeilicher Bewachung durchgeführt werden, usw. Ab 1925 galten für die Eupen-Malmedyer zumindest formal die gleichen Rechte und Pflichten wie für alle anderen Belgier.

### **Die Rückkehrdiskussion und die Polarisierung der öffentlichen Meinung**

Die Frage einer Rückgliederung an das Reich beschäftigte die Einwohner Eupen-Malmedys in den Jahren von 1920-1940 in erheblichem Maße, jedoch lediglich einmal, Mitte der zwanziger Jahre, wurde in geheimen bilateralen Kontakten zwischen Belgien und Deutschland diese Frage ernsthaft erörtert.

Die Haltung eines großen Teils der Bevölkerung war revisionistisch, d.h. für eine Rückkehr nach Deutschland.

Insbesondere nach 1933 gelang es den Nationalsozialisten, diese Stimmung in Neubelgien in ihrem Sinn zu instrumentalisieren und ihr unter dem Deckmantel der 'Heimattreuen Front' auch einen organisatorischen Rahmen zu geben. Die ‚Heimattreue Front‘ (HF) war keine eigenständige Partei. Sie war ganz nach dem Vorbild der NSDAP aufgebaut und wurde von der Gauleitung in Köln dirigiert.

**Im Eupener Stadtrat hatte die HF nach 1934 bis zum Einmarsch der Deutschen Wehrmacht und damit der ‚Gleichschaltung‘ mit den politischen Verhältnissen im ‚Altreich‘ die absolute Mehrheit.**

Andererseits führte die Entwicklung in Nazideutschland dazu, dass die hiesigen Sozialisten sich aus der pro-deutschen Front verabschiedeten. Im Wahlkampf 1925 war die SP von allen Parteien am entschiedensten für das Selbstbestimmungsrecht der Eupen-Malmedyer eingetreten und hatte die Abhaltung einer wirklich fairen Volksabstimmung gefordert. Mit dieser Position war es ihr gelungen, gut 25% der Wähler für sich zu gewinnen, ein enormer Erfolg dieser Partei in der katholischen Region, den sie weder jemals vorher noch nachher verbuchen konnte.

Nach Errichtung der Diktatur in Deutschland und der Ausschaltung jeglicher Opposition im „Dritten Reich“, kam für die Sozialisten nur ein Verbleib im demokratisch verfassten Belgien in Frage.

Das öffentliche Leben polarisierte sich nunmehr bis in die Familien hinein. Viele Menschen wurden auf einmal „Pro-Belgier“, die wenige Jahre zuvor noch entschieden für eine Rückkehr nach Deutschland eingetreten waren; die anderen sehnten die ‚Heimkehr ins großdeutsche Vaterland‘ herbei.

Sie faszinierten die vermeintlichen innen- und außenpolitischen Erfolge des Hitlerregimes: die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, deren Hintergründe weitestgehend verborgen blieben, die Revision zahlreicher territorialer Bestandteile des Versailler Vertrags ohne Krieg, hier insbesondere die

Rheinlandbesetzung, die ‚Heimkehr der Saar‘ und der so genannte ‚Anschluss‘ Österreichs. Der Reichsrundfunk der auch in Eupen-Malmedy gehört wurde, die regionalen Tageszeitungen, die bis auf das Grenz-Echo, das von großen Teilen der Bevölkerung als belgisches Hetzblatt abgetan wurde, gleichgeschaltet waren, und die in Ostbelgien verfügbaren reichsdeutschen Blätter taten ein Übriges, große Teile der hiesigen Bevölkerung für die Nazi-Propaganda empfänglich zu machen. „Wir wollten zu Deutschland zurück - und wenn der Teufel uns dorthin geholt hätte“, so die damaligen Empfindungen einer ehemaligen Nazi-Aktivistin mir gegenüber im Jahr 1990. Ein Standpunkt der damals weit verbreitet war!

### **‚Heim ins Reich‘**

Und so wurde der Einmarsch der Wehrmacht am 10. Mai 1940 und die wenige Tage später erfolgte ‚Heimkehr ins großdeutsche Vaterland‘ von vielen Einwohnern zunächst enthusiastisch begrüßt. Exponierte Demokraten und ‚Pro-Belgier‘ waren z. T. rechtzeitig vom Geheimdienst gewarnt worden und konnten sich absetzen, die Nachdenklichen hielten sich verständlicherweise zurück. Die Stimmung der breiten Masse der Bevölkerung sollte sich erst ändern, als auch die Männer Ostbelgiens (ab 1942) zum Wehrdienst eingezogen und fast ausschließlich im fernen östlichen Raum eingesetzt wurden. Zudem war die die Zeit der ‚Blitzsieg‘ vorbei, und die Alliierten näherten sich zusehends den Grenzen des Reichs. Seit 1944 war der Westen Kriegsschauplatz.

### **Das Kriegsende – eine Bevölkerung vor Gericht**

Mit Kriegsende am 8. Mai 1945 hörte auch in den Ostkantonen die Geschichte nicht auf. Gleichzeitig mit den Amerikanern rückte im September 1944 die belgische ‚Armée blanche‘ (Weiße Armee) ein. Wurde ihr harter Kern zwar durchaus von Widerstandskämpfern und belgischen Patrioten gebildet, so schwammen doch auch auf der Siegerseite - gelinde gesagt - zwielichtige Elemente mit, denen es unter dem Vorwand der Entnazifizierung und Zerschlagung deutschen Einflusses nicht zuletzt um Bereicherung, Begleichung privater Rechnungen und Rachegeleüste ging. Über die Ostkantone kam in den Folgejahren ein neues, strenges Regiment. So mancher Eupen-Malmedyer, gerade erst aus alliierter Gefangenschaft entlassen, fand sich schon bald in belgischer Haft wieder. Teilweise willkürliche Verhaftungen, auch von Frauen und Jugendlichen, gehörten zum Alltag.

Die belgische Exilregierung hatte während des Krieges zum Problem Eupen-Malmedy geschwiegen. Die hiesigen Bewohner gingen davon aus, nunmehr deutsche Staatsbürger zu sein. Eben dies bestritt die belgische Regierung nach dem Krieg. Den Wehrmachtsoldaten wurde vorgeworfen als Kollaborateure die Uniform des Feindes getragen zu haben.

Nahezu jeder dritte erwachsene Einwohner der Ostkantone kam vor Gericht – und mit ihnen die deutsche Kultur.

Deutsch als Sprache hatte denn auch in den Folgejahren einen schweren Stand. Gerade das höhere Schulwesen wurde weitgehend französisiert. Und in den Volksschulen saßen oft Lehrer aus der belgischen Provinz Luxemburg, deren Deutschkenntnisse oft nur rudimentär waren.

Diese Ereignisse werfen immer noch Schatten auf die Gegenwart und belasten auch heute noch ganze Familien.